

Causa

ARGUMENTE UND ZUSAMMENHÄNGE

Wir laden interessante Autoren ein, sich auf www.causa.tagesspiegel.de auszutauschen, und präsentieren hier teils nur auszugsweise die Debatten.

Diese Woche geht es um die Frage „Ist Merkel eine Feministin?“. Was lange Zeit gar kein Thema war, ploppte nach einem ausführlichen Interview der Bundeskanzlerin in der Wochenzeitung „Die Zeit“ wieder auf. Hat sie als erste Frau an der Spitze einer deutschen Regierung automatisch die Chancen von Frauen erhöht – oder hätte es dazu mehr gebraucht? Zwei entschieden unterschiedliche Meinungen vertreten die US-Professorin Joyce Mushabe und die deutsche Wissenschaftlerin Ines Kappert.

Außerdem auf der Seite ein engagiertes Plädoyer für das **bedingungslose Grundeinkommen** von Oliver Günther, Präsident der Universität Potsdam.



Die Merkelraute als Frauensymbol, ein grafischer Kommentar von Raban Ruddigkeit, ruddigkeit.de

Ist Merkel eine Feministin?

Ja!
Chancengleichheit
war immer ihr Thema –
und darum geht's

VON JOYCE MUSHABEN

Seit 2005 hat Deutschlands erste Bundeskanzlerin Angela Merkel mehr zur täglichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern beigetragen als alle ihre Amtsvorgänger zusammen. Auch wenn sie es nach 14 Jahren als die World's Most Powerful Woman nicht mal in einem „Zeit“-Interview übers Herz bringt, sich als wahre „Frauenrechtlerin“ zu bezeichnen: Sie hat sich durch ihr Handeln als real-existierende Feministin geoutet. Merkel hat ihre Macht stillschweigend aber strategisch eingesetzt, um das Recht auf Selbstbestimmung, Chancengleichheit und die freie Entfaltung der Persönlichkeit für möglichst viele Menschen zu verwirklichen.

Diese Leistung entspricht meinem Verständnis von Feminismus wesentlich mehr als die orthodoxen Geschlechtertheorien, die auf politisch korrekten Labels beharren, und beträchtlich mehr als die inszenierten Lippenbekenntnisse von Ivanka Trump und Christine Lagarde auf dem W-20-Gipfel 2017. Während ihrer ersten bundesweiten Wahlkampagne waren Merkel und ihre Berater keineswegs bereit, geschlechtsspezifische Themen anzusprechen, trotz ihres weiblichen Make-over mit neuem Haarschnitt, Schminke, pastellfarbener Kleidung und lächelndem Gesicht auf jedem Wahlplakat. Nachdem sie vier Jahre durchgehalten und etliche männlichen Rivalen überlebt hatte, war ihr Geschlecht kein Thema mehr. Bei der Bundestagswahl 2013 war das riesige Plakat mit der „Raute“ neben dem Berliner Hauptbahnhof Message genug.

Als junge Frauenministerin hat Merkel die parteipolitische Quotierung ausdrücklich abgelehnt, bis ihre persönlichen Erfahrungen sie eines Besseren belehrten: Bindende Quoten für Frauen in leitenden Positionen der Wirtschaft akzeptierte sie erst, als die Finanzkrise nicht nur die Überlebensfähigkeit des Euro sondern auch das „europäische Projekt“ in Frage stellte. Da fast 90 Prozent aller DDR-Frauen erwerbstätig waren, war es für Merkel selbstverständlich, dass Vater Staat einiges zur Vereinbarkeit von Familie und Arbeit beiträgt. Sie hat die frühere Kinder-Küche-Kirche-Partei so fundamental modernisiert, dass die Geburtenrate 2017 einen post-Pillen Höhepunkt erreichte, und da-

mit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Mehr Chancengleichheit für Frauen ist der erste Schritt zur Linderung des bevorstehenden demografischen Defizits.

Natürlich hat sie das alles nicht alleine geschafft. Mit ihren Forderungen nach Kitas, Elternzeit und Quotierung war Ursula von der Leyen – eine erwerbstätige Mutter von sieben Kindern – ihrer Chefin immer einige Schritte voraus. Wären von der Leyens radikale Vorschläge unakzeptabel gewesen, so hätte Merkel keinen Grund gehabt, sie in jedem Kabinett seit 2005 zu behalten, geschweige ihr bei jedem Regierungswechsel ein noch mächtigeres Ressort zu übertragen, sogar das Verteidigungsministerium.

Noch dramatischer sind die Veränderungen, die Merkel in vielen angeblich geschlechtsneutralen Bereichen vollzogen hat, zum Beispiel bezüglich der Wissenschafts-, Migrations-, und Asylpolitik. Wer behauptet, dass diese Themen nichts mit Gleichheit zu tun haben, versteht wenig von „Gender Mainstreaming“. Mit Hilfe von Annette Schavan hat Merkel viele MINT-Initiativen eingeführt, die Frauen ermuntern sollen, in die naturwissenschaftliche, medizinische sowie die technologische Entwicklung einzusteigen, um die Nachhaltigkeit Deutschlands aktiv mitzugestalten.

Genauso wichtig ist die Humanisierung der Flüchtlingspolitik durch die Anerkennung weiblicher Genitalverstümmelung als Fluchtgrund und ein eigenständiges Recht auf Asyl für Ehefrauen. Mit solchen Veränderungen hat Merkel ein menschenwürdiges Fundament für die Zukunft dieses Landes gelegt. Sie hat vielen Frauen und Mädchen nunmehr gezeigt, wie sie selber eine pragmatische Politik betreiben können, die gleichzeitig geschlechtersensibel und menschenrechtsbewusst wirken kann.

Als eine empirisch-gebetete Feministin mache ich mir keine Sorgen um Merks „wahre Motive“. Was zählt, ist das Ergebnis. Dass eine wie Merkel es so weit bringen konnte, sollte alle Deutschen, einschließlich zögernden Feministinnen, stolz machen: Deutschland ist zu einem richtigen Land of Opportunity geworden. Seit 2005 hat Merkel versucht, fast allen MitbürgerInnen das Gefühl zu geben, das sie es schaffen können, Deutschland zu dienen, und vielleicht sogar ein bisschen zu lieben. Die Bundeskanzlerin hat dieses Land wesentlich verändert, meistens zum Guten. Angela Merkel hat die deutschen Männer auf eine Politik verpflichtet, die die meisten nicht wollen, die aber die deutsche Zukunft sichert. Sie ist eine Feministin der Praxis, ob sie es sein will oder nicht.



Joyce Mushaben ist Professorin an der University of Missouri für Politikwissenschaft. 2017 erschien ihr Buch „Becoming Madam Chancellor: Angela Merkel and the Berlin Republic“.

Nein!
Die Ungerechtigkeiten,
mit denen Frauen ringen,
haben sie nie interessiert

VON INES KAPPERT

Seltsame Debatten kreisen um Angela Merkel: Ist die Kanzlerin am Ende doch noch Feministin? Nein. In der „Zeit“ darauf angesprochen, welche Rolle die weibliche Anhängerinnenschaft für sie spiele, antwortet sie verhalten: „Ich wende mich selten nur an Frauen.“ Das sei auch nicht nötig: „Dass sich Frauen mit mir vergleichen, ergibt sich daraus, dass ich eine Frau bin und andere Frauen mitunter auch vor schwierigen Aufgaben stehen.“ „Automatisch“ entstehe so Kommunikation. Interessant wie offenerzig einseitig und apolitisch Angela Merkel, dieses „von Frau zu Frau“ beschreibt.

Mit Feminismus hat das nichts zu tun. Feminismus bündelt Strategien, die aktiv gegen die strukturelle Benachteiligung von Frauen und für die Gleichstellung aller Geschlechter arbeiten. Es geht darum, den im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatz endlich umzusetzen. Das Thema ist also Gerechtigkeit, und die verlangt Umverteilung. Gefühlte Frau-zu-Frauen-Vibes reichen für einen solchen Kulturwandel nicht aus. Dafür braucht es Politik.

Wer Merkel als Politikerin ernst nimmt und sich ihre Haltung bei den Debatten auch nur der letzten Jahre vor Augen führt, sieht sofort, dass Merkel Gleichberechtigung und Chancengleichheit eher ausbremst. Die prinzipiell schlechtere Bezahlung für Frauen liegt bei 23 Prozent, die fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten für Nicht-Männer, die notwendige finanzielle Besserstellung von Erziehungs- und Pflegeberufen, die Armut von Frauen im Alter oder die Tatsache, dass noch immer Männer kaum für andere unbezahlt sorgen, Frauen aber ständig – all diese Ungerechtigkeiten haben Merkel nicht interessiert.

Einen Anspruch auf einen Krippenplatz gewährte sie nur im Austausch mit einer ominösen Herdprämie. Eine gesetzliche Quote für Frauen in Führungspositionen verwässerte sie gemeinsam mit der damaligen Familienministerin Schröder zur Flexiquote. Auch für die eigene Partei lehnte sie die Quote ab. So sank der Frauenanteil in der CDU unter ihrem Parteivorsitz stetig, und zwar sowohl im Kabinett als auch in der Partei, die heute gerade noch 25 Prozent Politikerinnen aufweist. Als Merkel 2005 zur

Kanzlerin gewählt wurde, saßen 42 Prozent weibliche Abgeordnete im Parlament, heute sind es 31 Prozent.

Merkel nährte bewusst oder vielleicht auch „automatisch“ die Illusion, dass wenn eine Frau wie sie, ohne mächtigen Vater und aus dem Osten, Kanzlerin werden kann, das Patriarchat hinter uns läge. Doch Horst Seehofer und Jens Spahn profilieren sich ja nicht umsonst mit offener Frauenfeindlichkeit. Vieles deutet darauf hin, dass sie den Kampf für einen Rechtsruck der Partei gewonnen haben. Zwar ist Annegret Kramp-Karrenbauer Parteichefin geworden. Doch die will keine Ehe für alle, dafür die Migrationspolitik der Kanzlerin überprüfen: Selbst wenn sie die Quote für die Partei und auch so etwas wie die gesetzliche Parität einführen will: Das ist zwar gut – hat aber mit Feminismus wieder nichts zu tun. Denn dieser sorgt nicht dafür, dass Frauen besser an einem männerdominierten System beteiligt werden, sondern wendet sich gegen Ungerechtigkeit.

Was steckt also hinter dem Wunsch, dass die Kanzlerin am Ende doch eine Feministin sei? Der Grund liegt in der nun auf Hochtouren laufenden Musealisierung von Merkel. Die Nation möchte offenbar eine Superheldin haben, die zu kämpfen weiß und doch die strukturelle Benachteiligung von Frauen akzeptiert. Die den ein oder anderen Konkurrenten absägt und ihre Macht ausweitet, diese aber nichts einsetzt, um das Privileg von Männern grundsätzlich anzugehen. Die sich öffentlich nie herablassend über Frauen äußert, und doch auch nie dafür eintritt, Gewalt gegen Frauen auf die politische Agenda zu setzen.

Angela Merkel ist eine herausragende Führungsfigur, die über viele Jahre die Politik der Bundesrepublik prägte. Natürlich verdient sie eine vielfache und vielfältige Würdigung. Auch ganz ohne feministische Verdienste. Wer für letztere eine Lanze brechen möchte, sollte Politiker*innen in den Blick nehmen, die tatsächlich dafür arbeiten, Ungleichheiten zwischen allen Geschlechtern zu beseitigen.

Der 8. März, der in Berlin gesetzlicher Feiertag wird, bietet einen guten Anlass, sich ernsthaft mit dem Auftrag zu beschäftigen, den uns die Kämpferinnen für das Wahlrecht vor hundert Jahren gegeben haben: Ein Parlament zu schaffen, das die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt und vertritt, und Verhältnisse zu schaffen, die allen Menschen gleiche Chancen und Risiken eröffnen. Vielleicht mag sich Angela Merkel im Ruhestand damit beschäftigen. Denn Demokratie ist ohne Feminismus nicht zu haben. Die Ära Merkel hat das einmal mehr gezeigt.



Ines Kappert leitet seit 2015 das Gunda-Werner-Institut für Feminismus & Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung.

Gerecht, motivierend und billiger

Das bedingungslose Grundeinkommen könnte viele soziale Probleme lösen – warum traut sich niemand ran?

VON OLIVER GÜNTHER

Drei große Themen hat die Regierungskoalition, um sich nach den Missgeschicken der letzten Monate zu bewahren. Da ist zum einen Europa. Das Chaos und die Unfähigkeit der britischen Regierung sind offensichtlich – man kann nur hoffen, dass EU und Bundesregierung einen Weg aus der Malaise finden. Zum Zweiten geht es um die Digitalisierung unserer Gesellschaft. Der Digitalgipfel in Potsdam war ein wichtiger Meilenstein, nun hoffen wir auf eine zeitnahe und wirksame Umsetzung. Und schließlich geht es um soziale Gerechtigkeit. Hier scheint die Agenda unübersichtlich. Aber warum eigentlich? Das Thema bedingungsloses Grundeinkommen steht im Raum. Und keiner traut sich wirklich an dieses ganz große Thema heran. Auch nicht die SPD, zu deren ureigenen Anliegen es doch gehört, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Stattdessen werden Nebelkerzen gezündet, die die ursprüngliche Idee nur scheinbar nachbilden. Da wird eine Erhöhung des Mindesteinkommens

vorgeschlagen. Da werden kosmetische Änderungen an Hartz IV oder am Bafög debattiert. Da wird kolportiert, Geld ohne Arbeit entspräche nicht den Bedürfnissen der Menschen. Da wird ein Abgleiten in einen „Nanny-Staat“ befürchtet. All das geht an der Kernidee des bedingungslosen Grundeinkommens vorbei – einer Idee, die anscheinend

Die Idee haben offenbar nur wenige von denen, die über sie reden, wirklich verstanden

nur wenige wirklich verstanden haben. Was sind eigentlich die Kernmerkmale eines bedingungslosen Grundeinkommens?

Erstens bekäme jede volljährige Bundesbürgerin und jeder volljährige Bundesbürger monatlich denselben Betrag überwiesen. Für Bundesbürger unter 18 würde ein reduzierter Betrag fällig. Bei einem Satz von 600 Euro pro Erwachsenen und

200 Euro pro Minderjährigem beliefen sich die Gesamtkosten auf ca. 530 Milliarden Euro pro Jahr. Dies klingt hoch, muss aber in Bezug gesetzt werden zu resultierenden höheren Steuereinnahmen sowie wegfallenden Transferleistungen wie Kindergeld (ca. 40 Milliarden Euro pro Jahr), und Hartz IV (ebenfalls ca. 40 Milliarden Euro pro Jahr).

Zweitens wären die Zuwendungen steuerpflichtig – dies ist wichtig, sowohl hinsichtlich der Finanzierung als auch bei der Gerechtigkeitsfrage. Denn Besteuerung muss selbstverständlich dazu führen, dass das überwiesene Grundeinkommen durch erhöhte Einkommens- und Kapitalertragssteuern bei Besserverdienenden und auch bei Wohlhabenden ohne Verdienst umgehend wieder „wegbesteuert“ wird. So passt das Grundeinkommen auch zu den Forderungen u.a. der Grünen, wonach Bedürftigkeit Grundlage für eine solche Transferleistung ist.

Drittens erfolgte keine Konsumtion. Geringverdienende müssen in der Lage sein, zusätzlich zum Grundeinkommen zu verdienen. Erst wenn

die Einkommenssteuer greift, würde das zusätzliche Nettoeinkommen peu à peu wieder reduziert werden. Nur so entsteht der gewünschte Impuls für Geringverdienende, „offiziell“ hinzuverdienen und so in das System reintegriert zu werden. Dies beträfe nicht nur die klassischen Bereiche, in denen Schwarzarbeit gang und gäbe ist, wie Pflege, Kellnern und Bau. Auch bisher weithin übersehene Lücken wie die Dorfknäpfe an der Ecke (lange schon liegt sie brach) oder die Haushaltshilfe bei kleinen Handwerksleistungen (Wer ersetzt endlich mal die Glühbirne, an die ich nicht rankomme?) würden von einem solchen System unmittelbar profitieren.

Viertens müssten existierende Transferleistungen wie Hartz IV, Kindergeld, Wohngeld oder auch Bafög komplett in das bedingungslose Grundeinkommen integriert werden. Gerade so wird soziale Stigmatisierung vermieden, weil alle Bürger gleich behandelt werden und sich um die Transferleistungen nicht mehr explizit – in einem teilweise entwürdigenden Prozess – bewerben und sich dafür wieder und wieder rechtfertigen müssen.

Mit einem solchen Ansatz würde die Motivation, ins Erwerbsleben (wieder) einzusteigen, nicht etwa reduziert. Von „Nanny-Staat“ keine Spur, denn: Eine solche Motivation – das wissen wir aus der empirischen Ökonomie – existiert bei über 90 Prozent der Bevölkerung intrinsisch. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde als Vertrauensvorschuss wahrgenommen, der vielen Tausenden Bürgerinnen und Bürgern einen Neustart ermöglichen würde. Auch anerkannten Geflüchteten könnte über eine Erweiterung des vorgestellten Ansatzes ein Neustart in Würde ermöglicht werden. Warum traut sich keiner ran? Ein entsprechender Impuls könnte in den nächsten Jahren wahlentscheidend sein.



Prof. Oliver Günther ist Wirtschafts-informatiker und Präsident der Universität Potsdam